

Gipfel der Ignoranz

Wie der UN-Ernährungsgipfel und seine Folgen der Bekämpfung des Hungers mehr schadet als nützt

von Lena Bassermann, Roman Herre und Stig Tanzmann

Die globale Ernährungskrise ist so alarmierend, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen bereits vor Beginn der Corona-Pandemie einen Ernährungsgipfel für das Jahr 2021 angekündigt hatte, den United Nations Food Systems Summit. Staats- und Regierungschefs sollten im Rahmen der UN-Vollversammlung in New York zusammenkommen und eine Trendwende in der Ernährungs- und Agrarpolitik einläuten. Dafür sollte das gesamte Ernährungssystem in den Blick genommen werden. Was angesichts der multiplen Krisen – steigende Hungerzahlen, fortschreitende Klimakrise und Wasserknappheit, gewaltsame Konflikte und eine rasant wachsende Schere zwischen Arm und Reich – zunächst wie ein folgerichtiger Weckruf anmutete, entpuppte sich bereits in der Planung als Versuch der globalen Ernährungs- und Agrarindustrie, ihren Platz in der globalen Steuerung von Ernährungs- und Agrarpolitik zu stärken und die Debatte über einen Systemwechsel im Agrar- und Ernährungssektor gezielt zu verhindern. Der folgende Beitrag fasst die Kontroversen um den Ernährungsgipfel zusammen und berichtet, wie eine gut organisierte zivilgesellschaftliche Gegenbewegung nicht nur den Gipfel boykottierte, sondern auch die Relevanz des Gipfels und seiner Ergebnisse abschwächen konnte.

Die wichtigste Frage der Welternährung ist und bleibt weiter ungelöst, nämlich wie sich alle Menschen weltweit mit ausreichend gesunder Nahrung versorgen, sprich ihr Recht auf Nahrung verwirklichen können. Ein Drittel der Weltbevölkerung hatte im Jahr 2020 keinen Zugang zu angemessener Nahrung, das sind 2,4 Milliarden Menschen – so die Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Von ihnen leiden bis zu 811 Millionen an chronischem Hunger. Die Zahlen sind Ausdruck eines sich über Jahre verschärfenden Negativtrends, der sich in Folge der Corona-Pandemie weltweit nochmals stark beschleunigt hat.

Internationale Organisationen, soziale Bewegungen und kritische Wissenschaftler:innen schlagen daher seit Jahren Alarm und fordern eine konsequente Umgestaltung des vorherrschenden industriellen Ernährungs- und Agrarsystems. Bereits der Weltagrarbericht (IAASTD) stellte im Jahr 2008 fest: »Weiter wie bisher ist keine Option«. Hunger und die aktuelle Ernährungskrise sind nicht der einzige Ausdruck von zu lange versäumtem Handeln. Der Druck auf die Landökosysteme ist aufgrund von Übernutzung und

Nutzungskonkurrenzen so hoch wie nie,¹ gleichzeitig ist das Ernährungssystem für etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich.² In Industrieländern sind bereits bis zu 90 Prozent Tier- und Pflanzenvielfalt verloren gegangen. Das Umweltbundesamt nennt massiven Düngemittel- und Pestizideinsatz wie auch eine zunehmende Technisierung in der intensiven Landwirtschaft als Ursachen.³ Die Liste der Reports und Studien, die diese Probleme belegen und ein Umsteuern fordern, ist mittlerweile sehr lang.

Pandemie verstärkt Hungerkrise

Seit der Corona-Pandemie zeigen sich die vielfältigen Krisen und Probleme offensichtlich, da vielen Menschen, gerade in Ländern des globalen Südens, schlicht der Zugang zu Essen durch die unterschiedlichen Reaktionen auf die Pandemie verwehrt wurde. Essen war weiter genug vorhanden, wird doch weltweit genug für alle produziert. In den letzten 60 Jahren ist die globale Agrarproduktion um etwa 300 Prozent angestiegen.⁴ Entscheidend ist jedoch der Zugang zu ausrei-

chend gesunder Nahrung sowie die Möglichkeit, sich selbstbestimmt zu ernähren. Gerade in der Pandemie wurde dieser Zugang durch Schließung von Schulen (Schulspeisung), Bauernmärkten und Straßenküchen, der besonders für arme Menschen, die finanziell keine Möglichkeiten haben, Vorräte anzulegen, wichtig ist, überproportional stark eingeschränkt. Für sie führt die Coronapandemie zu Hunger.

Doch das Ernährungssystem bringt nicht nur Verlierer hervor. So zählen Supermärkte und Onlinelieferdienste gerade in der Krise zu den großen Gewinnern und verzeichnen Rekordumsätze. Der Handelskonzern Walmart war im Jahr 2020 mit mehr als 500 Milliarden Dollar das umsatzstärkste Unternehmen überhaupt, in Deutschland kam Edeka auf ein Umsatzplus von rund 15 Prozent.⁵ Die Folge: das Machtgefälle und die soziale Ungleichheit wachsen immer weiter an. Große Konzerne profitieren auf Kosten von Arbeiter:innen, die in der Fleischindustrie, auf Kaffee- und Kakaoplantagen und in Supermärkten für Hungerlöhne ausgebeutet werden sowie auf Kosten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die Erzeugerpreise erhalten, die kein existenzsicherndes Einkommen sichern. In Ghana z. B., wo der Kakaosektor für etwa 800.000 Haushalte die Lebensgrundlage bildet, erhalten Bäuerinnen und Bauern nicht mal 50 Prozent eines existenzsichernden Einkommens.⁶

Der UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, zeigt in seinem jüngst der UN-Vollversammlung vorgestellten Bericht eindrücklich auf, dass Hunger und Ernährungskrisen die Folge von politischem Handeln – oder Unterlassen – sind.⁷ Mit den umfangreichen Berichten und Analysen über die Probleme von Ernährungssystemen ist mittlerweile der Ansatz, das gesamte System in den Blick zu nehmen (*food system*), in aller Munde. Mit einer solchen systemischen Betrachtung lassen sich vielfältige sozio-ökologische Ziele verbinden, wie der Schutz und die Regeneration natürlicher Ressourcen, Gesundheit von Mensch und Tier, Schutz von Lebensgrundlagen, Kultur und Wissen, Arbeit und soziale Beziehungen. Doch die Zunahme des Diskurses über Ernährungssysteme hat hitzige Debatten über die Konzeptualisierung und Implikationen des Begriffs ausgelöst – ein Beleg dafür, dass Ernährungssysteme grundlegend von Machtverhältnissen geprägt sind.⁸

Aktionslyrik statt entschlossenem Handeln

Das zeigen auch die Debatten um den UN Food Systems Summit (UNFSS). Im Frühjahr 2020 stand die Weltgemeinschaft an einem Scheideweg: Wohin sollen Energie, Geld und Arbeit zur globalen Pandemiebekämpfung fließen? Im UN-Welternährungsausschuss (CFS) wurden Stimmen laut, entschlossen

und koordiniert auf die sich damals bereits deutlich abzeichnenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Welternährung zu reagieren und entsprechend des CFS-Mandats eine globale Antwort in Form kohärenter Aktivitäten zu koordinieren. Parallel allerdings begannen an anderer Stelle die Vorbereitungen für den UNFSS als das globale Gipfeltreffen. Diese Richtungsentscheidung lag offen auf dem Tisch – auch auf dem der Bundesregierung. Die weltweite Zivilgesellschaft hatte die Regierungen aufgefordert, international gebündelt über den Zivilgesellschaftsmechanismus des CFS, den Civil Society and Indigenous Peoples Mechanism (CSM), alle Energie in eine globale koordinierte Antwort auf die Corona-Pandemie zu stecken und dabei die bestehenden, etablierten Strukturen des CFS zu nutzen.

Doch de facto geschah das Gegenteil: Deutschland und die EU wurden ein zentraler Geldgeber des Gipfels und die Reaktion auf die coronabedingte Ernährungskrise wurde weder Thema des Gipfels noch Arbeitsstrang des CFS.⁹ Damit nahm eine Konferenz Fahrt auf, die virtuellen Aktivismus ins Schaufenster stellte, die aber von Beginn an im Chaos aufging – und damit echte und notwendige Aktionen unterbunden hat. »Während der gesamten Zeit konnte niemand klar erklären, was der Gipfel sein und tun sollte. Wenn man fünf verschiedene Leute fragte, bekam man zehn unterschiedliche Antworten. Die Regierungen waren verwirrt, die Menschen waren verwirrt, und manchmal war auch die Leitung des Gipfels verwirrt«, beschreibt es Michael Fakhri als UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung.¹⁰

Teilnahme vs. Teilhabe: der Schein der Inklusivität

So sollte der Titel People's Summit – also ein Gipfel aller Menschen – überdecken, dass der Gipfel eigentlich von einem Schattennetzwerk aus globalen Philanthropen, multinationalen Konzernen und mächtigen, exportierenden Staaten dominiert wurde.¹¹ Beispielsweise stellte der Stellvertreter der Sondergesandten für den UNFSS, Martin Frick, den Gipfelprozess mehrfach als herausragend inklusiv dar.¹² Richtig ist: Jede und jeder durfte sich anmelden und bei den diversen Formaten des Gipfels dabei sein. Dies ist jedoch kein Gradmesser für Inklusivität. Die Teilhabe am Gipfel in Form von Mitsprache und Einfluss auf die Ergebnisse von besonders diskriminierten Gruppen war von Beginn an – anders als im CFS – nicht gegeben.

Statt der Verbesserung der Situation der von Hunger und Ausgrenzung betroffenen Menschen standen ganz andere Interessen im Vordergrund. Dies zeigte sich spätestens mit der Berufung von Agnes Kalibata, der Präsidentin der Allianz für eine grüne Revolu-

tion in Afrika (AGRA), als Sonderbeauftragte für den UNFSS. Diese Personalie kann als eine Positionierung des UNFSS für den stark mit der Agrar- und Ernährungsindustrie verbundenen Ansatz der Grünen Revolution und gegen marginalisierte Gruppen, Agrarökologie, bäuerliche Landwirtschaft und das Recht auf Nahrung gewertet werden. Das bestätigte bereits das erste Treffen zwischen Kalibata und bäuerlichen Organisationen, unter anderem der weltweit mitgliederstärksten Bauernorganisation La Via Campesina. Die Sonderbeauftragte äußerte ist stark negativ zum Begriff »bäuerlich«, da dieser mit Rückständigkeit verbunden sei. Bäuer:innen seien in erster Linie Unternehmer:innen – ein Affront gegenüber den Vertreter:innen von La Via Campesina, die weltweit den Kampf für die Rechte von Bäuer:innen anführen. Gleichzeitig zeigte sie völlige Unkenntnis gegenüber Menschenrechtsfragen. Weder das Recht auf Nahrung noch die UN-Bauernrechte-Erklärung waren ihr bekannt.¹³

Doch anstelle auf zivilgesellschaftliche Kritik auf den Einfluss von AGRA zu reagieren, wurde mit der Berufung von Joachim von Braun, der neben vieler anderer einflussreicher Funktionen auch im Aufsichtsrat von AGRA sitzt, als Vorsitzenden der Wissenschaftsgruppe des UNFSS quasi eine AGRA-Doppelspitze in den Gremien des UNFSS installiert. Für die Wissenschaftsgruppe war im UNFSS eine zentrale beratende Funktion vorgesehen, wodurch der Vorsitzende der Gruppe privilegierten Zugang zu den Entscheidungsgremien hatte. Insgesamt wurde die Zusammensetzung der Wissenschaftsgruppe, deren Auswahlkriterien bis heute unbekannt sind, als undemokratisch und einseitig gerade auch in Richtung von Befürwortern der Gentechnik kritisiert.

Die fehlende Inklusivität und die Dominanz von Interessen der Agrar- und Ernährungsindustrie spiegeln sich deutlich in den Ergebnissen des Gipfels wider. Forderungen sozialer Bewegungen und der breiteren Zivilgesellschaft, wie das Verbot hochgiftiger Pestizide, die Stärkung der Menschenrechte, Förderung von Ernährungssouveränität, eine faire Handelspolitik, angemessene Reaktionen auf die Corona-Pandemie oder auch schlicht nur die Aufforderung, die Entscheidungsstrukturen im Gipfelprozess auf den Tisch zu legen, wurden weitgehend ignoriert.¹⁴ Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass der UNFSS das hart erkämpfte und bewährte Prinzip der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft, wie es im CFS praktiziert wird, und das zu vielen wegweisenden Produkten, wie etwa den UN-Landleitlinien, geführt hat, ignoriert hat.

Kurzer Rückblick zur Entstehung des UNFSS: Leider waren all diese Probleme von Beginn an absehbar und wurden von der Zivilgesellschaft immer

wieder benannt. Bereits die Konzeption des Gipfels verdeutlichte weit im Vorfeld die Zielrichtung des ganzen Vorhabens. Initiiert vom Weltwirtschaftsforum (WEF), hat der UN-Generalsekretär den Gipfel einberufen – nicht wie üblich ein Beschluss der UN-Staaten. Wegen der Initiative von Privatwirtschaftsakteuren, die am meisten vom Erhalt des aktuellen Systems profitieren, stand der Gipfel von Beginn an unter scharfer Beobachtung der Zivilgesellschaft. Insbesondere die im CSM organisierte Zivilgesellschaft des CFS zweifelten von Beginn an, ob ein solcher Gipfel der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und der Beendigung von Hunger und Mangelernährung dienen könnte. Die Zweifel wuchsen, als über zwei Jahre vor dem Gipfel Fragen nach Informationen zum Planungsprozess und angemessener Beteiligung der Zivilgesellschaft im Planungsprozess unbeantwortet blieben. Auch in Deutschland haben wir nachgefragt. Die Antworten zeigten, dass auch die Bundesregierung weitgehend in der Luft hing, zentrale Fragen zum Planungsprozess, zu Zielsetzungen und Entscheidungsstrukturen nicht beantworten konnte oder auch selbst intransparent agierte – wie etwa die nationalen Dialoge zeigten.

»Nationalen Dialoge« – nicht inklusiv

In allen Mitgliedstaaten sollten im Vorfeld des Gipfels nationale Dialoge mit Akteur:innen des Ernährungssystems stattfinden. Diese galten den Befürworter:innen des Gipfels als ein weiteres Argument für die vermeintlich hohe Inklusivität der Veranstaltung. Eine Definition, wie ein nationaler Dialog ausgerichtet sein musste, um sich als Input für den UNFSS zu qualifizieren, gab es aber nicht. Die jeweiligen Ergebnisse sollten in ein Online-Formular gegeben und an das Sekretariat des UNFSS geschickt werden. Wie diese zahlreichen Inputs ausgewertet und konkret aufgegriffen wurden, ist bis heute unklar.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) startete diesen Dialog in Deutschland im Juni 2021 – zu einem Zeitpunkt, als sich die Bundesregierung bereits über ihre Positionen zum UNFSS verständigt hatte. Dabei ist der Eindruck entstanden, dass die bisher geäußerte Kritik an den Prozessen und Strukturen des UNFSS bei der Planung des nationalen Dialogs auch nicht berücksichtigt wurde: Die Dialoge selbst fanden mit einer begrenzten Teilnehmer:innenzahl und einem intransparenten Auswahlverfahren statt. Es fehlten zentrale Vertreter:innen der Landarbeiter:innen, Obdachlosen oder Kleinbäuer:innen – allesamt diskriminierte Gruppen im dominierenden Ernährungssystem. Diese Probleme der fehlenden Inklusivität zeigten sich bei den Dialogen weltweit.

Fundierte Kritik – blieb unbeantwortet

Die Kritik am Gipfel drang in Deutschland und weltweit anfangs nicht aus einer kleinen Nische der Zivilgesellschaft heraus. Diese war nicht von Beginn an ablehnend, sondern kritisch und an Veränderung orientiert. Ab Mitte 2020, nachdem sich abzeichnete, dass Vorschläge sowie Kritik der Zivilgesellschaft bei den Organisatoren des Gipfels weitgehend abprallten, wurden Stellungnahmen erarbeitet und Aufrufe initiiert, die dann von über 500 Organisationen mitgetragen wurden – weit über den Kreis von sozialen Bewegungen und kritischer Nichtregierungsorganisationen hinaus. Die kritische Begleitung des UNFSS mündete schließlich im Mai 2021 in der Entscheidung, zu einer Mobilisierung gegen den virtuellen Gipfel in New York sowie dessen Vorgipfel in Rom aufzurufen. Mit großem Erfolg.¹⁵ Alleine bei den Protesten zum Vorgipfel beteiligten sich über 300 Organisationen und rund 9.000 Personen. Ein weiteres starkes Signal sendete die Stellungnahme von über 300 Wissenschaftler:innen¹⁶ gegen ein zusätzliches Forum zum Austausch von Wissenschaft und Politik im Bereich Ernährung und Landwirtschaft.

Problematisch: die neuen *Coalitions of Action*

Das Chaos rund um UNFSS kulminierte beim andert-halbtägigen sog. *Peoples Summit* in einer 13-stündigen Abfolge aus 143 dreiminütigen Videobotschaften von Regierungsvertreter:innen. Auch hier wurde die schiere Zahl an Teilnehmenden irreführend als Zeichen großer Teilhabe dargestellt. Auffällig war auch,

dass Regierungsvertreter:innen aus den Bereichen Gesundheit, soziale Sicherung oder Arbeit weitgehend abwesend waren. Auch aus diesem Blickwinkel war die formulierte Idee des holistischen Blicks des Gipfels auf Ernährungssysteme letztendlich kaum mehr als ein Narrativ.

Letztlich sind nahezu alle von der Zivilgesellschaft im Vorfeld geäußerten Befürchtungen eingetreten. Statt sich auf einheitliche, kohärente Strategien von Staaten zu einigen, um etwa die Handlungsspielräume von Unternehmen einzuschränken und eine gesündere Ernährungsweise zu begünstigen, natürliche Ressourcen zu schützen oder Schritte in Richtung einer fairen Welthandelspolitik zu gehen, setzte der Gipfel auf freiwillige, lose Zusammenschlüsse, sog. *Coalitions of Action*, zu unterschiedlichen Themenfeldern. Völlig unklar ist, wie diese Koalitionen zu Handlungen kommen sollen, gegenüber wem sie rechenschaftspflichtig sind und wie ihr Fortschritt überprüft wird. Klar ist nur, dass bereits einige Staaten, auch Deutschland, den Allianzen beigetreten sind, was zu einer Schwächung des CFS führt und von der Zivilgesellschaft als Etablierung von Parallelstrukturen gewertet wird.

Diese *Coalitions of Action* – auch laut Bundesregierung ein »zentrales Ergebnis« des UNFSS – liefern unter dem Deckmantel der UN Greenwashing-Lösungen der Privatwirtschaft. Dies zeigen beispielsweise die von der Privatwirtschaft propagierten Lösungsideen mit Fokus auf sog. *soil health*: Ackerland soll vermehrt in Kohlenstoffsenken umgewandelt werden. Dabei ist wirksamer Klimaschutz nur mit der realen Beendigung von Treibhausgasemissionen möglich. Dies ist durch solche kohlenstoffzentrierten Ansätze – oftmals

Folgerungen & Forderungen

- **Multistakeholder-Ansätze zurückdrängen:** Deutschland sollte sich gegen die wachsende Zahl dieser Ansätze als Teil globaler Governance-Strukturen aussprechen und einsetzen. In diesen Ansätzen werden die unterschiedlichen Ebenen von Rechteinhaber:innen (Bürger:innen), der Staat als Pflichtenträger gegen über den Bürger:innen und privaten Unternehmen auf problematische Weise gleichgesetzt und so schon vorhandene Machtasymmetrien ignoriert und verstärkt. Dies kann nicht im Interesse eines Staates sein, der im Sinne seine Bürger:innen handelt und sich für die Menschenrechte stark macht.
- **Stattdessen inklusiven Multilateralismus stärken:** Deutschland muss sich zum Thema Welternährung, Ernährungssysteme und Menschenrecht auf Nahrung für eine echte Teilhabe der Zivilgesellschaft und aller Staaten einsetzen. Dies beinhaltet die Stärkung der selbstorganisierten und glaubwürdigen Teilhabe der Zivilgesellschaft; marginalisierte Gruppen müssen in diesem Prozess eine prominente Rolle innehaben. Auch arme Länder müssen dabei unterstützt werden, ihren Themen angemessen Gehör zu verschaffen.
- **Menschenrechte als zentraler Kompass:** Deutschland und die EU müssen ihre Politik im Bereich Welternährung und Hunger an den Menschenrechten ausrichten, und zwar über das Benennen der Menschenrechte hinaus. Sie müssen offensiv progressive menschenrechtliche und agrarökologische Positionen in multilaterale Prozesse einbringen und vertreten – und verabschiedete Beschlüsse dann auch umsetzen.
- **Welternährungsausschuss stärken:** Statt Parallelaktivitäten aufzubauen, muss der Welternährungsausschuss (CFS) mit seiner einzigartigen, inklusiven Beteiligungsstruktur politisch wie finanziell gestärkt werden.

Carbon-Farming-Initiativen genannt – nicht möglich. Es handelt sich dabei auch nicht um permanente Speichermöglichkeiten von Kohlenstoff. Weiterhin können solche vermeintlichen Lösungsansätze – wie wir beim Agrartreibstoffhype Anfang der 2000er gesehen haben – zu verstärkten Landkonflikten führen. Und gewiss helfen sie Kleinbäuerinnen und -bauern nicht dabei, sich aus der Abhängigkeit von agrochemischen Produktionsmitteln zu befreien.

Ähnlich stellen sich die Ergebnisse der Wissenschaftsgruppe dar. Die von ihr erarbeiteten Papiere lesen sich häufig wie Ausschnitte aus Bioökonomie-Strategien in Deutschland und Europa. Als ein zentrales Ziel wird definiert, alles Leben auf dem Land und im Wasser zu sequenzieren und so genetisch zu erfassen. Als nächster bedeutender Schritt wird dann die systematische Nutzung dieser biogenen Ressourcen und die züchterische *Verbesserung*, gerade auch über neue Gentechnikmethoden, benannt. Letztlich eine Fortsetzung des alten Mantras, Hunger sei ein Produktionsproblem. Ein Standpunkt, der im CFS längst überwunden war. Gefährlich ist vor allem, dass sich dieser Ansatz (Hunger sei ein Produktions- und nicht ein sozioökonomisches Problem, das der Nichtumsetzung des Rechts auf Nahrung geschuldet ist) durch viele verschiedene *Coalitions of Action* und im Rahmen des Gipfels vorgestellter Initiativen zieht.

Statt an einer koordinierten Antwort auf die drängenden Fragen der Welternährung zu arbeiten, verfestigte der Gipfel zudem geostrategische Gräben. Dies zeigt sich am offenen Streit zwischen der Europäischen Union und den Staaten Amerikas über die Farm-to-Fork-Strategie der EU. Das aggressive Anpreisen der EU-Strategie und der formulierte Anspruch der EU, diese als globale Richtschnur setzen zu wollen, provozierte die Gründung einer *Coalition of Action* durch die USA, zusammen mit anderen Staaten Nord- und Südamerikas, die sich aktiv *gegen* die Farm-to-Fork-Strategie der EU positioniert. So entstanden Koalitionen, die, anstatt an einer gemeinsamen Strategie ausgerichtet zu sein, aktiv gegeneinander arbeiten. Auf Basis dieser Ergebnisse muss der UNFSS als komplett gescheitert betrachtet werden. Nicht einmal die völlige Beliebigkeit des »Multistakeholderismus« des Gipfels konnte verhindern, dass die bestehenden globalen Differenzen im Bereich der Hungerstrategien so offen zutage getreten sind wie selten zuvor.

Wie weiter?

Die wachsende Konzernmacht in der UN, im gesamten Nahrungsmittelsektor und auch im Bereich der Wissenschaft (Stichwort: Drittmittelforschung) birgt enorme Gefahren für die globale Steuerung und Demokratisierung von Ernährungssystemen. Daher ist

die Beschränkung der Macht und des Einflusses der Konzerne zum Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten dringend erforderlich. Diese Notwendigkeit hat auch der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, in seinem aktuellen Bericht zum UN-Gipfel angezeigt. »Wenn man die Agrarindustrie, die über Geld und Macht verfügt, in die Bestimmung der Zukunft einbezieht, wird diese unweigerlich die Diskussion dominieren«, so Fakhri.

Solch offene Worte eines UN-Beauftragten kommen nicht bei allen gut an, wie sich auf dem Jahrestreffen des CFS zwei Wochen nach dem UNFSS zeigte. Dort kulminierte die Diskussion zu den Ergebnissen des UNFSS in der öffentlichen Kritik Deutschlands am UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung. Die Bundesregierung – insbesondere das BMEL – war in der Vergangenheit ein wichtiger Unterstützer des CFS und auch der multilateralen Arbeit zum Recht auf Nahrung.

Für uns als Zivilgesellschaft stellt sich mit dem Auftreten der Bundesregierung rund um den UNFSS die Frage: Ist hier ein Paradigmenwechsel eingeläutet oder war dies lediglich eine chaotisch anmutende Episode deutscher Politik im Bereich der Global Food Governance? Hier sehen wir dringenden Klärungsbedarf bei der neuen Bundesregierung, von der zu hoffen bleibt, dass sie sich klar zu einer multilateralen und menschenrechtsbasierten Welternährungsarchitektur bekennt – und die dringend notwendigen finanziellen und politischen Schritte zu deren Stärkung geht.

Anmerkungen

- 1 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. Berlin 2020.
- 2 IPCC Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme (SRC-CL): »If emissions associated with pre- and post-production activities in the global food system are included, the emissions are estimated to be 21–37% of total net anthropogenic GHG emissions« (www.de-ipcc.de/254.php).
- 3 Umweltbundesamt: Gefährdung der Biodiversität (www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/gefaehrung-der-biodiversitaet).
- 4 Laut FAOStat ist die Weltgetreideernte von 1961 bis 2019 um 240 Prozent angestiegen, die Gemüseernte um 470 Prozent. Parallel wuchs die Weltbevölkerung um 150 Prozent.
- 5 Oxfam Deutschland: Pandemie-Profitere und Virus-Verlierer*innen. Supermärkte erwirtschaften Rekordumsätze, während die Pandemie vor allem Frauen weltweit trifft. Berlin 2021, S. 3.
- 6 INKOTA: Ghana – ein Land lebt vom Kakao. Infoblatt 4. Berlin 2018, S. 2.
- 7 United Nations General Assembly: Seventy-sixth session, Item 75 (b) of the provisional agenda: The right to food. Note by the Secretary-General New York 2021, p. 17.
- 8 M. C. Canfield, J. Duncan and P. Claeys: Reconfiguring food systems governance: The UNFSS and the battle over authority and legitimacy. In: Development (2021). DOI: 10.1057/s41301-021-00312-1.

- 9 UN Food Systems Summit Financial Report, Annex 9. New York, April 2021, p. 2. Nach Stand im April 2021 belaufen sich die Ausgaben und Zusagen für 2020/2021 von Deutschland (BMEL und BMZ) auf rund 1,85 Millionen Euro, der EU auf 2,4 Millionen Euro.
- 10 M. Fakhri: A trade agenda for the Right to Food. In: Development (2021). DOI. 10.1057/s41301-021-00305-0.
- 11 Canfield et al. (siehe Anm. 8).
- 12 »Towards the UN Food Systems Summit: More inclusive and fairer sustainable food systems.« Press release of FAO dated 28. May 2021 (www.fao.org/brussels/unfss-news/detail/en/c/1402904/).
- 13 »Via Campesina denounces UN Special Envoy for the UN Food Systems Summit for diminishing peasants and their rights.« Presse release of La Via Campesina dated 26. February 2020 (www.viacampesina.org/en/viacampesina-denounces-un-special-envoy-for-the-un-food-systems-summit-for-diminishing-peasants-and-their-rights/).
- 14 Siehe unter anderem: »Declaration: No to corporate food systems! Yes to Food Sovereignty!« Presse release of CSM dated 17. September 2021 (www.csm4cfs.org/no-to-corporate-food-systems-yes-to-food-sovereignty/).
- 15 »Call to action | Peoples' Counter-Mobilization to Transform Corporate Food Systems.« Presse release of CSM dated 20. May 2021 (www.csm4cfs.org/call-action-mobilization-challenge-un-food-systems-summit-re-claim-peoples-sovereignty-food-systems/).
- 16 Agroecology Research-Action Collective: Open letter to policy makers: No new science-policy interface for food systems (www.agroecologyresearchaction.org/open-letter-to-policy-makers-no-new-science-policy-interface-for-food-systems/).



Lena Bassermann

Referentin für Welternährung und globale Landwirtschaft bei INKOTA.

bassermann@inkota.de



Roman Herre

Agrarreferent von FIAN Deutschland.

r.herre@fian.de



Stig Tanzmann

Landwirt und Agrarwissenschaftler, seit 2010 als Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.

stig.tanzmann@brot-fuer-die-welt.de